RC - BULLETIN

DISKUSSIONS- UND INFORMATIONSBLATT

III/1968

Republikanischer Club e. V. Berlin - 1 Berlin 15 - Wielandstraße 27 (II. Etage)
Telefon 883 40 75 / 76
PS Berlin West 1941 66

Redaktion:
Solveig Ehrler

Berlin,
den 7. Nov. 1968

I. Zur Diskussion
1. Demonstration und Gewalt
2. Zur sozialistischen Selbstverwaltung in der CSSR
II. Aus den Arbeitskreisen
1. Gewerkschaftlicher Arbeitskreis im RC
2. Der Arbeitskreis der Journalisten
III. Veranstaltungen des Clubs
Die Pfadfinderschaft St. Georg stellen am 15. Nov. 1968 ihre "Revolutionären Chancen im Jugendverband" zur Diskussion
IV. Zuschriften an den Club
V. Veranstaltungskalender

I. 1. Demonstration und Gewalt

Vor dem Landgericht am Montag hat es eine Konfrontation von Polizei und Demonstranten gegeben, die sich in für deutsche Verhältnisse neuen Dimensionen abgespielt hat.

Zum ersten Male haben sich studentische Demonstranten nicht nur schlagen und verhaften lassen, sondern haben selber geschlagen. Zum ersten Male hat es, was in anderen Ländern, zum Beispiel Italien übliches Ergebnis einer Konfrontation von Demonstranten und Polizei ist, mehr verletzte Polizisten als Demonstranten gegeben, zum ersten Male sind nicht Demonstranten von Wasserwerfern, Gummiknüppeln und Pferden geflohen, sondern haben Demonstranten Polizisten in die Flucht geschlagen. Diejenigen, die sich dort mit Steinen bewaffneten, die Wasserwerfer besetzten und Polizisten vom Pferde holten, waren zugleich die, die bisher in Demonstrationen in den vordersten Reihen gelaufen sind, die ihre Köpfe hingehalten haben, die in den Haftanstalten gesessen und durch die Mühlen der Justiz gegangen sind.

Für sie war der Schritt von der masochistischen Hinnahme von Gewalt zur handfesten Gegengewalt eine Befreiung vom

Trauma des 2. Juni, ein Schritt der Emanzipation. Es sind zugleich diejenigen, die, einmal vorbestraft, in dieser Gesellschaft keine Karriere mehr machen werden. Die gemeinsam praktizierte Gegengewalt war auch ein Schritt praktischer Solidarität mit den Opfern der Justiz, den zukünftigen Außenseitern der Gesellschaft. Das sei all denen vorgehalten, die Politik vom Schreibtisch aus betätigen und Gewalt nur theoretisch zu formulieren verstehen. Es sei auch all denen gesagt, die sich auf den Wellen der linken Bewegung einen Namen gemacht haben und deren Karriere gesichert ist. Wenn diese "Linken" nichts eiligeres zu tun haben, als sich in der und durch die Öffentlichkeit zu distanzieren, dann haben sie damit nicht nur demonstriert, daß die Springer-Autos für sie umsonst gebrannt haben, sondern, was noch schlimmer ist, sie haben die persönliche Rückversicherung vor die Solidarität gestellt.

Man weiß jetzt, auf wen man in Zukunft politisch bauen kann.

Das ist ein Aspekt der Demonstration vor dem Landgericht. Eine andere Frage ist, ob die Eskalation der Auseinandersetzung zu diesem Zeitpunkt und zu diesem Anlaß politisch sinnvoll, politisch zu rechtfertigen ist.

Es ist eine Tatsache, daß der politische Erfolg der Demonstrationen der Vergangenheit in der jeweiligen Eskalation der Konfrontation, der eintretende Solidarisierungseffekt durch die Unmäßigkeit der Mittel der Gegenseite erreicht wurden. Es war das strategische Konzept der äußersten Linken, bestehende Gewalt durch Provokation sichtbar zu machen. Die harmlosen Eier und Tomaten stellten im Vergleich zu den friedlich getragenen Pappschildern eine Eskalation dar, ebenso die nicht genehmigte Demonstration gegenüber der genehmigten.

Erreicht wurde mit diesem Konzept eine Menge: die Bewegung verbreiterte sich, die Diskussion in den weiteren Bereichen wurde belebt etc., an den Machtstrukturen verändert wurde bisher nichts. Die Notstandsgesetze wurden verabschiedet trotz der massenhaften Demonstrationen durch die Bonner Straßen.

Es ist aber auch klar, daß ein politisches Konzept, das sich nicht nur mit der Demonstration gegen die bestehenden Machtstrukturen begnügt, sondern diese Strukturen verändern will, auch ihr Demonstrationskonzept auf diese Wirkung hin zu befragen hat.

Tatsächlich ist die politische Frustration der Osterdemonstrationen, spätestens der Notstandsdemonstrationen, bisher nicht analysiert worden. Bereits die Demonstrationen vor dem Springerhochhaus hätten in diese Frustration geführt, wenn nicht einer kleinen Gruppe eingefallen wäre, die Auslieferungswagen des Springer-Konzerns in Brand zu setzen. In den anschließenden "Wasserspielen" auf dem Kurfürstendamm und vor dem Schöneberger Rathaus, drohten die Demonstrationen bereits im Konfrontationsritual zu erstarren. Die wiederholt erfahrene Ohnmacht gegenüber einer übermächtigen Polizei wurde zum politischen Frustrationserlebnis. Dieser Zirkel ist vor dem Landgericht durchbrochen worden auf Grund einer Fehleinschätzung der Polizei hinsichtlich der Massen der Demonstranten und auf Grund einer vorher festgelegten militärischen Strategie der Polizei gegen die teils geplante, teils spontane Beweglichkeit der Demonstranten.

Gerade der Erfolg hat aber auch die Grenzen dieses bereits zu Ostern erschöpften Demonstrationskonzepts aufgezeigt. Keine noch so ausgetüftelten theoretischen Defensivformeln, wie die Unterscheidung von Gewalt gegen Sachen und gegen Personen, können über den ernsten militanten Anspruch der Bewegung hinwegtäuschen, der auch der De-

monstrationsstrategie immer immanent war. Das haben unsere politischen Gegner besser gewußt als die Liberalen, die immer nur bereit waren, sich mit den Opfern der Gewalt zu identifizieren, nicht aber mit der Gegengewalt, die sich über Napalm in Vietnam entrüsten, sich aber nicht mit dem revolutionären Kampf der Vietcong identifizieren wollen. Aber Berlin ist nicht Vietnam, Berlin ist auch nicht Paris.

Die Konfrontation der Studenten mit der Polizei war, im Vergleich zu Ostern, ein Erfolg. Sie hat exemplarisch gezeigt:

1. Studenten lassen sich nicht nur verprügeln, sie sind auch bereit, selber zu schlagen,
2. Polizei ist auch schlagbar.

Aber dieser Erfolg hat wirklich nur den Wert eines Exempels, nicht mehr. Die Gruppe, die beginnt, Elemente des Bürgerkriegs aufzunehmen, verliert zwar all diejenigen, die Gewalt am Arbeitsplatz und in der Privatsphäre nur sehr vermittelt erfahren und diese soweit verinnerlicht haben, daß sie Gewalt auf der Straße, wo sie mehr zu verlieren als zu gewinnen glauben, als unmoralisch verurteilen. Sie demonstriert aber all jenen, konkret der Arbeiterschaft, für die die Frage der Gewalt sich an die Gewalt im privaten wie im Produktionsbereich in einer so regiden Form erleben, daß sich die Frage der Gewalt ausschließlich an der Frage vom Erfolg oder Mißerfolg entscheidet, daß Ohnmacht und Isoliertheit durch solidarische Aktionen aufzubrechen sind.

Die Demonstration am Landgericht ist strategisch bewußt eingesetztes Element der Gewalt für die an an der Basis arbeitenden Gruppen der Außerparlamentarischen Opposition. Sie muß als ein solches begriffen und strategisch in den Griff genommen werden.
Sie darf nicht als Aufhebung der breiten Massendemonstration angesehen werden, wie sie am 9. November stattfinden soll.

Solveig Ehrler

Vietnam-Demonstration
Sonnabend, den 9. November 1968 - Beginn 14 Uhr 30
Sammelpunkt Olivaer und Lehniner Platz
dann über Kurfürstendamm zum Kontrollratsgebäude in der Potsdamer Straße (Schöneberg)

2. Zur sozialistischen Selbstverwaltung in der CSSR

In den im Club geführten Diskussionen über die innenpolitische Entwicklung in der CSSR blieb bisher in Frage gestellt, ob es sich bei dem Neuen Ökonomischen System in der CSSR lediglich um eine Verlegerung der Entscheidung von der zentralistischen Parteibürokratie auf die Ebene des technokratischen Betriebsmanagements handelt, oder ob mit dem Konzept der Dezentralisierung zugleich die Demokratisierung des Produktionsbereiches verbunden wurde.
Das RC-Mitglied Peter van Spall hat zu diesem Thema um die Veröffentlichung eines Diskussionsbeitrages gebeten:

"Die sozialistische Selbstverwaltung in der CSSR - die Diskussion der letzten Monate vor der Intervention.

Alle bisher erschienenen Dokumentationen geben keine Auskunft darüber, daß wenige Monate vor der Intervention in der CSSR aufgrund der Kritik der revolutionären Gewerkschaftsbewegung am Wirtschaftsteil des zur öffentlichen Diskussion gestellten Aktionsprogramms der KPC die Einführung eines rätedemokratischen Modells ernsthaft diskutiert wurde. Da darüber wenig bekannt ist, fiel es der bürgerlichen Presse leicht, die von Ota Sik initiierte Entwicklung zur sozialistischen "Marktwirtschaft", übrigens ähnlich der in der VR Jugoslawien, durch Nachrichtenmanipulation mit dem kapitalistischen Modell in Verbindung zu bringen. Man informierte eben nur über das, was in die gefährliche Strategie unserer Herrschenden paßte.

Grundsätzliche Überlegungen stellte am 3. Mai 1968 der Chefkommentator Robert Kalivoda in dem Zentralorgan "Rude Pravo" an. Unter der Überschrift "Über die Perspektiven der sozialistischen Demokratie" entwickelte Kalivoda eine Konzeption, die starke Resonanz in der gesamten tschechoslowakischen Gewerkschaftspresse fand. In diesem Artikel wird folgendes ausgeführt:

'Der sozialistische Parlamentarismus, die Renaissance des Parlamentarismus, ist gewiß eine äußerst wichtige Sache. Es ist zweifellos notwendig, ein neues Verhältnis zu den übrigen Parteien zu schaffen und ihre Autonomie zu respektieren. Es ist notwendig, zu zeigen und zu erklären, daß die Beziehungen zwischen den Parteien, die sich zum Sozialismus melden, logische Beziehungen der Partnerschaft und Kooperation sein müssen, keinesfalls jene Konfliktbeziehung, wie sie im bürgerlichen Parlamentssystem besteht. Dies bedeutet keine Monopolerolle noch Ausschluß von politischen Streitfragen, sondern daß das Aufeinanderstoßen der Meinungen und die politische Autonomie aller politischen Partner sich stets auf den gemeinsamen Grundkern des sozialistischen Programms und der sozialistischen Politik stützen muß, die alle diese politischen Parteien zu kooperierenden Partnern verbindet.

Die Grundfrage besteht nicht darin, die parlamentarische indirekte Vertretungsdemokratie zu einer sozialistischen Form zu bringen, sondern in der Entfaltung der direkten Demokratie und der allmählichen Schaffung von Voraussetzungen dafür, daß sich diese direkte Demokratie nach und nach in eine sozialistische Selbstverwaltung umgestalten kann. Denn das Endziel der marxistisch-sozialistischen politischen Bewegung bildet nicht die sozialistische Demokratie, die noch diese oder jene Basis von Eingeschränktheit in sich trägt, sondern die sozialistische Selbstverwaltung. Und die Elemente der Selbstverwaltung entfalten sich nämlich im System der direkten Demokratie.

Ich möchte auf drei konkrete Arten hinweisen, nach denen die direkte Demokratie bereits heute formuliert oder geformt werden kann:

1. Der gegenseitige Meinungsaustausch zwischen der Leitung und der sozialistischen Öffentlichkeit, deren Instrument vor allem Masseninformationsmittel, Freiheit der Presse und der Meinungsäußerung darstellen, ist eine bestimmte Form direkter Demokratie, die bereits bei uns entstanden ist und die direkt eine Schlüsselrolle in der Entwicklung vom Januar bis heute (Mai 1968, d. Red.) gespielt hat. Gerade die Erfahrungen vom Januar bis heute zeugen von dem ungeheuren Einfluß eben dieses Faktors.

2. Die zweite Form der direkten Demokratie, die sich vorläufig im Anfangsstadium befindet und der aber die Partei vorläufig wenig Aufmerksamkeit widmet, bildet der Prozeß, der in den Gewerkschaften verläuft. Es entwickelt sich eine neue Anschauung, die Anerkennung der Gewerkschaften als der unmittelbaren Organisation der Werktätigen; es entstehen Keime von sozialistischem Syndikalismus. Dies hat und kann ungeheure Wichtigkeit für die Entwicklung unseres sozialistischen Modells haben. Denn ohne Entfaltung des sozialistischen Syndikalismus, ohne direkten Einfluß der unmittelbaren Organisation der Werktätigen auf die Institutionen des sozialistischen Staates kann meines Erachtens keine höhere Form der sozialistischen Demokratie geschaffen werden.

3. Und schließlich die letzte Frage - vielleicht in der heutigen Zeit die wichtigste. Es ist die Frage der direkten Leitung und Verwaltung unserer sozialistischen Betriebe von Kollektiven der Werktätigen, die Frage der Betriebs- und Arbeiterräte. Ich stimme völlig mit dem Standpunkt überein, daß die Werktätigen aus den Betrieben in den Betriebsräten, die die Unternehmen verwalten sollen, das entscheidende Übergewicht haben sollten.

   MeinesErachtens nach kann kein Neues Ökonomisches System ohne Selbstverwaltung der Betriebe, ohne das System der Betriebs- und Arbeiterräte entwickelt werden. Sonst könnte das Neue Ökonomische System in ein Managersystem entarten, in eine ökonomische Vormachtschaft der Technokratie. Es könnte seinen sozialistischen Inhalt verlieren. Darin bestehen wahrscheinlich auch manche spontanen Befürchtungen der Arbeiterschaft vor dem Neuen Ökonomischen System. Ich sehe diese Frage als kardinale praktische sowie theoretische Frage unserer sozialistischen Demokratie an.'

Die Programmerklärung der Nationalen Front stimmt übrigens weitgehend mit den geäußerten Ansichten überein (abgedruckt in der Anderen Zeitung Nr. 29 vom 18. Juli, Seite 5).

Im Juni sprach Alexander Dubcek auf einer Prager Gewerkschaftsversammlung über die neue Rolle der Gewerkschaften. Er führte u.a. aus: 'Den Standpunkt der kommunistischen Partei, ihren Glauben in die Arbeiterklasse und die Werktätigen in den Betrieben haben wir bereits im Aktionsprogramm voll und ganz ausgedrückt. Nicht nur allgemein durch eine politische Erklärung, sondern auch durch zwei Grundforderungen:

1. daß die Gewerkschaften wieder eine selbstständige politische Kraft in unserem Staat und in der Nationalen Front werden, daß sie voll die Interessen der Werktätigen wahren und
2. daß sich in unseren sozialistischen Betrieben - in denen es keine Besitzer, keine Kapitalisten mehr gibt - der Einfluß des ganzen Arbeitskollektivs auf die Verwaltung des Betriebes voll auswirke. Das Kollektiv der Werktätigen soll als Miteigentümer seine Organe haben: die Betriebsräte der Werktätigen, die die Unternehmer- und Kontrollfunktion voll ausüben'.

Dazu erklärte Dubcek bei anderer Gelegenheit: 'In unseren Betrieben in vollem Ausmaß die Räte der Werktätigen einzuführen, hat nur dann einen

Zweck, wenn dies gleichzeitig mit der Selbständigmachung der Betriebe, mit der Beseitigung der bisherigen administrativen Formen, ihrer Abhängigkeit von den überbetrieblichen und ressortmässigen Organen verwirklicht wird. Sonst würden die Räte der Werktätigen notwendigerweise ein Instrument zur Stellung von Forderungen an die Staatsorgane werden und nicht selbständige Organe der Betriebsverwaltung, deren Bestandteil sie sein müssen.'

Wenige Wochen vor der Intervention machte sich der Wirtschaftsexperte Ota Sik zum Sprecher der gewerkschaftlichen Forderunge. Er konkretisierte in einer Fernsehrede die Vorstellungen der Regierung, indem er den Standpunkt vertrag, die Räte der Werktätigen sollten künftig als über den Betriebsdirektoren der selbständigen Unternehmen stehende Organe fungieren. Sie sollten unbedingt über Einsetzung und Abberufung der Leitungsfunktionäre des Betriebes, der Produktionsplanung und zu realisierende Investitionsvorhaben entscheiden. Diesen Räten hätten auch Vertreter kreditgewährender Geldinstitute und der Staatsbürokratie angehörgen müssen. Letztere hätten aber eine Minderheitsfraktion gebildet. Es wurde von Sik weiter vorgeschlagen, ein Gesetz einzubringen, das die Übernahme mehrerer Funktionen in verantwortlichen Positionen verbindern sollte.

Im Juli wurde vom Institut für Meinungsforschung der Prager Akademie der Wissenschaften in einer Umfrage ermittelt, daß 89 % für die neue sozialistische Politik waren und nur 11 % sich dagegen äußerten oder keinen Standpunkt einnahmen.

Es ist in diesem Zusammenhang wichtig zu wissen, daß die beliebtesten Zeitschriften "Student" und "Literarni Listy" nicht mehr erscheinen. Gerade in diesen auflagenstarken Blättern wie auch im Gewerkschaftsorgan "Prace" erschienen diverse bisher unveröffentlichte Aufsätze von Rosa Luxemburg, Isaac Deutscher, Leo Trotzki und Ernest Mandel, die sicher diese Rätediskussion beeinflußt haben. Die Diskussion über das beim April-Plenum verabschiedete Aktionsprogramm der KPC ist aufgrund des Moskauer Kommuniqués beendet worden. Denn in dieser Vereinbarung ist das April-Plenum nicht enthalten. Einige Wochen vor der Intervention in die CSSR meldete die ungarische Nachrichtenagentur "Hungary Press", daß auf Initiative der Gewerkschaften und der Parteien Gesetze in die Nationalversammlung eingebracht werden sollten, die die Verkündung eines spezifisch tschechoslowakischen Rätemodells bedeutet hätten. Doch diese Informationen wurden von der gesamten Presse Deutschlands nicht publiziert - auch nicht von 'Konkret' oder dem 'EXTRA-DIENST'.

II. Aus den Arbeitskreisen

1. Gewerkschaftlicher Arbeitskreis

Der Arbeitskreis hat sich die Aufgabe gestellt, für die Januardiskussion Material über die Mitbestimmung im Betrieb zusammenzustellen. Als erstes wurden die geltenden Regelungen untersucht, wie sie im Montan-Mitbestimmungsgesetz und im Betriebsverfassungsgesetz festgelegt sind. Wir sind dabei zu dem Ergebnis gekommen, daß

- der Einfluß der Arbeitnehmervertretung in wichtigen Fragen praktisch gleich Null ist (z.B. Verlegung von Produktionsstätten, Umstellung von Arbeitsverfahren),
- die wesentlichen betrieblichen Informationen den Arbeitnehmern vorenthalten werden (Schweigepflicht des Betriebsrates),
- der Betriebsrat keine Möglichkeiten hat, die Belegschaft zu mobilisieren, damit sie ihre Interessen wahrnehmen kann,
- die Belegschaft den Betriebsrat nicht wirksam kontrollieren kann.

Danach haben wir die Bedeutung der gegenwärtigen Mitbestimmungskampagne der Gewerkschaften diskutiert und festgestellt, daß sich mit den Vorstellungen des DGB, sollten sie verwirklicht werden, keine große Besserung der jetzigen Verhältnisse erreichen läßt. Diese Meinung ergab sich, als die DGB-Vorschläge darauf überprüft wurden, ob sie Veränderungen am Arbeitsplatz im Hinblick auf Selbstbestimmung bewirken.

In den folgenden Zusammenkünften des Arbeitskreises geht es um eine Aufarbeitung konkreter Mitbestimmungskonflikte aus den Betrieben. Diese Berichte, die von einigen Kolleginnen und Kollegen ausgearbeitet werden, unterscheiden sich ganz beträchtlich von den vielen Untersuchungen über die Wirkung und Beurteilung der Mitbestimmung. Dort geht man gar nicht von der Tätigkeit am Arbeitsplatz aus. Man setzt Mitbestimmung als eine Instanz voraus, die über den Köpfen derer schweben muß, die ihre Arbeitskraft verkaufen. Unsere Berichte handeln demgegenüber von der Praxis der Mitbestimmung in Berliner und westdeutschen Betrieben, so, wie es die Betroffenen sehen und erlebt haben. Dabei zeigen sich die ganzen Probleme, die aus der "Mitbestimmung von oben" herrühren.

Die Kolleginnen und Kollegen, die über Mitbestimmungskonflikte aus den Betrieben berichten können oder einfach im Arbeitskreis mitarbeiten wollen, möchten wir auf die nächsten Termine hinweisen. Der Arbeitskreis trifft sich 14-tägig, jeweils um 19 Uhr 30 im RC, das nächste mal am 14. November, dann am 28. November und 12. Dezember.
Kontaktadresse: Hellmut Lessing, Tel. 35 73 35.

2. Gründung eines Journalisten-Arbeitskreises

Kritische Journalisten sind jetzt dem Beispiel kritischer Architekten, Ärzte, Kindergärtnerinnen und Lehrer gefolgt: Sie wollen eine Arbeitsgruppe bilden, die spezifische Bedingungen und Pressionen, denen Journalisten bei Funk Fernsehen und Presse ausgesetzt sind, analysieren und ihre eigene Berufssituation kollektiv kritisieren und verändern.
Zunächst sollen in diesem Arbeitskreis vergleichende Inhaltsanalysen der einzelnen Publikationsmedien anhand einer empirischen Auswertung von Rundfunk, Fernsehen und Presse gemacht werden.

Zum ersten Mal will sich diese neue Gruppe am Montag, den 14. November 1968, 20 Uhr im RC treffen. Dann soll auch das Programm für die Arbeit der nächsten Wochen diskutiert und festgelegt werden. Alle, die an der Mitarbeit interessiert sind, Journalisten sowie Publizistik-Studenten, Soziologen, Politologen etc. sind zur Teilnahme aufgefordert und eingeladen.

III. Veranstaltungen des Clubs

Revolutionäre Chancen im Jugendverband

Thesen zur Diskussion mit der Deutschen Pfadfinderschaft St. Georg im Republikanischen Club am 15. November 1968

A Voraussetzungen

1. Jugend wird im folgenden verstanden als der Teil der Gesellschaft, der noch nicht voll in das bestehende System integriert ist, der

also nicht die Integrative der Gesellschaft ist, der aber für die Gesellschaft das Hauptobjekt ihrer Reproduktion bildet.

2. Es besteht eine grundsätzlich verschiedene Interessenlage zwischen Lehrern und Schülern, Eltern und Kindern, Meistern und Lehrlingen, - nicht unbedingt in jedem Einzelfall, aber zwischen den jeweiligen Gruppen - die darauf beruht, daß die eine Gruppe Anpassungszwänge ausübt, während die Jugend zunächst keinen Anpassungswillen besitzt. Oder: Das "Establishment" neigt zum Immobilismus, Jugend neigt zum Mobilismus.

3. Die revolutionäre Strategie ist ein Prozeß, der auf Bewußtseinsbildung mit Hilfe einer ständig anwachsenden Avantgarde zielt und aufbauend auf der um sich greifenden veränderten Bewußtseinslage neue gesellschaftliche Realitäten schafft. Zwischen Bewußtseinsbildung und Realität wie zwischen der Avantgarde und der Masse der Unmündigen besteht ein dialektisches Verhältnis.

4. Die Revolution beginnt mit dem "intellektuellen Umsturz" (Marcuse). Hierin liegt ein direkter Bezug zu einem Kernwort christlicher Ideologie: Metanoëite ("kehret um" Apg. 17, 30). Oder: Die sozialistische Gesellschaft wird nicht von kapitalistischen Menschen gemacht.

B Strategie

5. Für die gesellschaftliche Situation der BRD stellt die Jugend im oben definierten Sinne das wichtigste Potential einer zukünftigen neuen Gesellschaft dar.

6. Den Kindern und Jugendlichen muß die Chance einer systemdistanzierten Erziehung geboten werden, die auf kritische Sensibilität und gesellschaftlichen Veränderungswillen gerichtet ist, ausgehend von Solidarität und "befreiender Toleranz" (Marcuse).

7. Eine Gegenerziehung bedarf einer organisatorischen Basis, wenn sie von gesamtgesellschaftlicher Wirksamkeit sein soll.

8. Im System der gegenwärtigen Integrationsinstrumente sind die Jugendverbände theoretisch am wenigsten gesellschaftlich sanktioniert.

9. De facto sind die Jugendverbände in den letzten zwanzig Jahren auf die Seite des "Establishments" gerutscht. Unsere Aufgabe wäre es, sie wieder auf die Seite der Jugend zu ziehen.

10. Dies kann nur durch massierten Eingriff in die organisierte Jugendarbeit geschehen. Sinnvoll setzt man dort an, wo die Türen schon geöffnet sind.

11. Diese Einsicht verkörpert nicht das einzige Aktionsmodell außerparlamentarischen Opposition. Es bedarf der "Motoren", die weitgehend auf organisatorische Basis verzichten können, und es bedarf der "Miltiplikatoren", die einen Apparat brauchen.

12. Jugendverbände sind schon in ihrem jetzigen Zustand per difinitionem APO (Agnoli).

C Besonderheiten des konfessionellen Verbandes

13. Gerade der kirchliche Bereich bietet die Möglichkeit, den Jugendverband zum "Kuckuckseig" werden zu lassen. Hier kann auch häufig eine Solidarität mit Kirchenfremden besser hergestellt und persönlicher Gefährdung besser begegnet werden.

14. Durch die Verflechtung besonders der katholischen Jugendarbeit mit der Hierarchie können durch das Engagement einer Gruppe viele Fronten aufgerissen werden.

D. Besonderheiten eines Pfadfinderverbandes

15. Die Pfadfinderbewegung ist die größte Jugendorganisation der westlichen Welt. Durch das Eindringen in einen Pfadfinderverband entstehen auf längere Sicht zwangsläufig internationale Probleme.

16. Das Pfadfindertum hat von Anbeginn her sozialistisch auszubauende Elemente (Rätesystem und Internationalismus).

17. Besonders für Berlin besteht die Möglichkeit, Kontakte mit Pfadfindern in sozialistischen Ländern aufzunehmen und von daher das typisch westliche, ja teilweise amerikanisierte Pfadfindertum aufzubrechen.

18. Die DPSG hat die Tore geöffnet.

19. Zugreifen!

Zuschriften an den Club

Im nachstehenden veröffentlichen wir einen Brief, der uns im Oktober erreichte. Namen und Ort haben wir weggelassen.

.... 12.10.1968

RC Berlin

Sie sandten meinem Sohn ...., ein Buch "Springer enteignet", das ich anbei zurückschicke.
Ich mache Sie darauf aufmerksam, daß mein Sohn erst 19 Jahre geworden ist und sein Interesse seinen Schulbüchern widmen muß.
Ich lasse es auf keinen Fall zu, daß er sich politischen Schriften widmet, die nicht für ihn geeignet sind und ihn von seinen Schulverpflichtungen abhalten.
Aufgrund seiner politischen Engagements, war das Lehrpersonal des .....
Gymnasiums in ... sehr ungehalten, sodaß ich ihn von der Schule nehmen mußte.
Er ist nicht mehr hier und auf einem anderen Gymnasium.
Sorgen Sie bitte dafür, daß Ihre Sendungen an Minderjährige vorsichtiger gehandhabt werden.
Als Mutter hat man solchen Ärger nicht gern.
Die Kriminalpolizei von München war hier und hat sein Zimmer wegen verfassungswidriger Schriften und Bücher untersucht.
Ich betone, daß ich jetzt und auch in Zukunft für keinerlei Bezahlungen aufkomme und verbiete Ihnen jegliche Sendungen, weder an meinen Sohn, falls er Ihnen seine Adr. bekannt geben sollte, noch nach hier.
Anbei das Buch, welches ich in seinem Zimmer mit der noch offenstehenden Rechnung fand, die ich nicht begleiche.
Bei irgendwelchen Zuwiderhandlungen behalte ich mir weitere Schritte bevor.

Hochachtungsvoll
..... Unterschrift

V. Veranstaltungskalender

Donnerstag, den 14. November 1968 - 20 Uhr
Sozialistische Publikationen in kapitalistischer Umwelt
Zur Informationspolitik des EXTRA-DIENSTES

Freitag, den 15. November 1968 - 2 Uhr
Freitagsgespräch: Revolutionäre Chancen im Jugendverband.
Die katholischen Pfandfinder stellen ihre Thesen zur Diskussion
(siehe dazu auch diese Ausgabe des BUELLETINs)

Sonntag, den 17. November 1968 - 20 Uhr
Professor Dr. Eduard März (Wien) spricht zum Thema
Wirtschafts- und gesellschaftspolitische Ziele der sozialistischen Parteien Westeuropas

Donnerstag, den 21. November 1968 - 20 Uhr
Veranstaltung der Internationale der Kriegsdienstgegner:
Helmut Michael Vogel, Vorsitzender der DFG-IdK spricht
zum Thema "Armee ohne Auftrag".

Freitag, den 22. November 1968 - 20 Uhr
Informationsveranstaltung über Lateinamerika.
Eine Diskussion mit mexikanischen Genossen.

Arbeitskreise

Montag, den 18. November 1968 - 20 Uhr
Gründung eines Journalistenarbeitskreises (siehe diese Ausgabe des BULLETINs)

Donnerstag, den 14. November 1968 - 19 Uhr 30
Nächste Arbeitssitzung des Gewerkschaftlichen Arbeitskreises
(siehe diese Ausgabe des BULLETINs)

Ergänzungen und Änderungen unserer Veranstaltungen bitten wir den Berliner EXTRA-DIENST zu entnehmen.